

# „Beste Bildung für alle“

13.11.2009 | Hertens

## Startschuss: Regionales Bildungsnetzwerk für Kreisstädte

Was in den Städten schon funktioniert, soll nun auch auf den Kreis ausgeweitet werden: Einrichtungen, Institutionen und Bildungsakteure aller Art werden im „regionalen Bildungsnetzwerk“ stärker verzahnt.

Landrat Cay Süberkrüb fordert „Beste Bildung für alle“. Konkret bedeutet das für ihn, eine umfassende Förderung der persönlichen Bildung von Geburt an. Beginnend mit der Familienberatung direkt nach der Geburt über Kindergarten und Grundschule bis hin zu schulischen und universitären Abschlüssen. Dabei sollen die Kreisstädte in Zukunft „aufmerksam ihre Ressourcen prüfen“ und sich gegenseitig unterstützen, appelliert Süberkrüb. Damit keine Stadt im neuen Netzwerk zu kurz kommt, sind alle Städte in den Gremien der neuen Kooperationsstruktur verankert. Der heute unterschriebene Vertrag läuft übrigens unbefristet, für das Jahr 2013 ist eine Evaluation angedacht.

Hertens Bürgermeister Dr. Uli Paetzel begrüßt die Kooperation. Trotz vieler Leuchtturmprojekte in den Städten dürfe man eines nicht außer Acht lassen: „Jeder kann immer noch vom anderen lernen.“ Damit kein Kind auf dem Bildungsweg verloren geht, so fordert Paetzel, soll es in den Städten wie auch städteübergreifend eine Verzahnung der Maßnahmen geben. Vom Jugendamt bis zu den Kreativwerkstätten, von der Bibliothek bis zur Schule, von der Arbeitsagentur bis zu den Eltern.

Der Kooperationsvertrag leite einen „Paradigmenwechsel in der Schulpolitik ein“, ist sich Staatssekretär Günter Winands sicher. Schule müsse sich für die Zivilgesellschaft öffnen. Das können Kirchen, Sportinstitutionen oder Musikschulen sein, so Winands. Der Staatssekretär malt ein Bild von Ganztagschulen, die in Zukunft die maßgebliche Schulform sein werden. Die Vereine, denen somit ihre Mitglieder fernbleiben, müsse man in die Schulen integrieren. „Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Schon jetzt fließen 65 Prozent der Mittel aus dem Konjunkturpaket II in Bildungseinrichtungen“, erklärt der Staatssekretär aus dem Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW. Das wäre vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen.